

Katrin Rupprecht: *Der deutsch-isländische Fischereizonenstreit 1972-1976. Krisenfall für die NATO? Anhand der Akten des Auswärtigen Amtes*. Frankfurt a. M.: Peter Lang 2011, 329 S.

Die Geschichte der NATO ist keineswegs frei von Krisen geblieben. Vor 40 Jahren stieß das Gründungsmitglied Island eine Auseinandersetzung an, die in den Medien als Kabeljaukrieg (*Cod War* bzw. *Porskastríð*) bezeichnet worden ist. Höhepunkte in der Auseinandersetzung waren die Zusammenstöße isländischer Wachboote mit britischen Kriegsschiffen und der zeitweise Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden europäischen NATO-Staaten. Neben britischen waren aber auch deutsche Fischereiinteressen betroffen, was angesichts des zwischen NATO-Partnern offen ausgetragenen Konflikts zugleich übergeordnete außen- und bündnispolitische Interessen der Bundesregierung berührte.

Großbritannien durchsetzen, wie reagierte die Bundesregierung darauf und welche Auswirkungen hatte dieser Streitfall auf den Nordatlantik-Pakt. Anknüpfend an diese Leitfragen werden in den folgenden sieben Kapiteln vier Fragenkomplexe aufgeworfen: welche Beweggründe waren für Island im Konflikt tragend, welche Ziele versuchte die Bundesrepublik Deutschland zu erreichen und inwieweit koordinierte Bonn dabei sein Vorgehen mit Großbritannien. Des Weiteren untersucht Rupprecht den Einfluss des Konflikts auf die NATO und auch völkerrechtlichen Aspekte. In diesem Zusammenhang enthält das Buch einen Abriss der historischen Entwicklung der see- und völkerrechtlichen Gesichtspunkte des Konflikts.

Katrin Rupprecht wendet sich nun in ihrer 2010 an der Universität Bonn eingereichten Dissertation erstmals diesem deutsch-isländischen Fischereizonenstreit in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zu und richtet dabei ihr besonderes Augenmerk auf das internationale Umfeld, vor allem das innerhalb des NATO-Pakts. Ihre übergeordneten Fragen sind: wie konnte Island seine Ziele gegenüber den anderen Konfliktparteien Deutschland aber auch

Wie der Untertitel ankündigt beruht die Arbeit, in der die Autorin methodisch über weite Strecken einen diplomatiegeschichtlichen Ansatz verfolgt, fast vollständig auf Akten des Auswärtigen Amtes. Dies überrascht angesichts der eingangs gestellten Frage nach den isländischen Beweggründen im Konflikt. Die isländische Position versucht die Autorin stattdessen auf zweierlei Weise zu erarbeiten, nämlich indem sie isländische Reaktions-

und Verhaltensweisen im Streitfall aus der früheren isländischen Geschichte herzuleiten versucht, und indem sie die Quellen des Auswärtigen Amts nach Aussagen zur isländischen Politik und Entscheidungen der isländischen Regierung befragt.

In ihrem methodischen Vorgehen im ersten Fall beruft sie sich auf Henry Kissingers, der glaubte, dass die Geschichte für Nationen das sei, was der Charakter für den Menschen ist. Hier kann kritisch gefragt werden, welche Reichweite die Befunde dieses theoretisch nicht reflektierten Ansatzes auf die Bewertung der späteren isländischen Motive im Konflikt haben können. Leider hat die Verfasserin bei der Wiedergabe der isländischen Geschichte und mithin bei der Rekonstruktion des isländischen „Nationalcharakters“, in der sie bei der Besiedlung Islands anfängt und schließlich Ende der 1960er Jahre endet, neuere Forschungsergebnisse insbesondere für die von ihr behandelte Zeit des Zweiten Weltkrieges und des ersten Fischereistreits 1952 unberücksichtigt gelassen. Diesen ersten britisch-isländischen Konflikt um die Ausdehnung der isländischen Hoheitsgewässer Anfang der 1950er Jahre schildert sie lediglich aus den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, obwohl dazu eine englischsprachige Arbeit des isländischen Historikers Guðni Th. Jóhannesson vorliegt.

In den folgenden Kapiteln zur deutsch-isländischen Auseinandersetzung zeichnet sie die vielschichtigen Konfliktlinien im Fischereizonenstreit der 1970er Jahre unter Berücksichtigung des internationalen Kontextes aus der Sicht des Auswärtigen Amts nach. Die Lektüre der Akten macht deutlich, dass das Amt in den einzelnen deutsch-isländischen Verhandlungsrunden deutsche wirtschaftspolitische Erwägungen außen- und bündnispolitischen Zielen unterordnete, weshalb letztlich Island als der Gewinner und die deutsche Hochseefischerei als Verlierer aus dem Konflikt hervorgingen.

Der Titel der Arbeit betont den deutsch-isländischen Konfliktfall. Trat der Konflikt aber nicht eher hinter die westdeutsche Vermittlungspolitik zurück, auch wenn die Konfliktlinie auf den ersten Blick zwischen Deutschland und Großbritannien auf der einen und Island auf der anderen Seite verlief? Hier muss die gleichzeitige völkerrechtliche Entwicklung berücksichtigt werden. Küstenstaaten, darunter die USA, reklamierten für sich exklusive Nutzungsrechte für seewärtig an die Küstengewässer anschließende Seegebiete. Dies war zentraler Gegenstand der von 1973 bis 1982 dauernden III. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen (UNCLOS III), auf der schließlich auch Islands Maximalposition in Bezug auf die beanspruchte Fischereigrenze von 200 Seemeilen im Seerechtsübereinkom-

men kodifiziert wurde. Bonn hätte somit nicht nur Position gegen Island beziehen müssen, sondern auch gegen die USA. Das Auswärtige Amt erkannte bereits 1975, dass Washington im deutsch-isländischen Fischereizonenstreit als Verbündeter ausfallen würde. Andererseits schien sich die Bonner Schwerpunktsetzung auf außen- und bündnispolitische Zielstellungen auszuzahlen, da die gemäßigte Haltung gegenüber Island und die Vermittlungsversuche im isländisch-britischen Konflikt die Bundesrepublik in der Wahrnehmung der Bonner Beamten zunehmend in die Rolle eines europäischen Partners der USA versetzten.

War also, wie im Buchtitel gefragt, der deutsch-isländische Fischereizonenkonflikt ein Krisenfall für die NATO? Er wurde es wegen der Zusammenstöße britischer Kriegsschiffe mit Einheiten der isländischen Küstenwache vor allem 1976. Als Druckmittel im britisch-isländischen Fischereistreit beantragte die isländische Regierung die Überprüfung des amerikanisch-isländischen Verteidigungsabkommens von 1951. Parallel dazu artikulierte Island seine Fischereiinteressen auch mit Hinweis Islands geostrategische Bedeutung für die NATO. Das Auswärtige Amt hingegen sondierte verschiedene Möglichkeiten der Konfliktbeilegung, konnte sich jedoch mit den eigenen Vermittlungsinitiativen zur Konfliktbeilegung nicht durchsetzen. Entscheidend für die briti-

sche Haltung waren vielmehr norwegische Bemühungen und die Rückwirkungen der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in New York 1976. Nennenswerte Auswirkungen auf das nordatlantische Verteidigungsbündnis hatte der deutsch-isländische Fischereizonenstreit, wie Rupprecht selbst einräumt, nicht.

Zusammenfassend gibt Rupprechts Arbeit interessante Einblicke in die Sichtweisen westdeutscher Diplomaten und Beamter zur Ausdehnung der isländischen Fischereigrenze, der isländischen und britischen Position sowie den Reaktionen und Maßnahmen Bonns wieder. Der Leser wird mit einer Reihe von Fragesträngen konfrontiert, wobei das Zurechtfinden im Buch durch fehlerhafte Seitenangaben im Inhaltsverzeichnis erschwert wird. Überdies fallen beim Lesen einige wenige sprachliche Mängel und ungewöhnliche journalistische Ausdrücke für seefahrerische und militärische Fachbegriffe auf. Insgesamt ist das Buch jedoch lesenswert und kann wegen der Verschränkung des Konflikts mit bündnis- und sicherheitspolitischen Problemen – ganz so, wie es der Untertitel des Buches nahelegt – darüber hinaus auch Lesern empfohlen werden, die an der Geschichte der NATO interessiert sind.

*Michael Penk (Berlin)*